

Wolfram Wette

## Ein Hitler des Orients? NS-Vergleiche in der Kriegspropaganda von Demokratien



*Prof. Dr. Wolfram Wette, geb. 1940 in Ludwigshafen/Rhein, Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Philosophie in München, war von 1971 bis 1995 Historiker im Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) in Freiburg/Br. und lehrt seit 1998 Neueste Geschichte an der Universität Freiburg/Br.; Mitglied der Gewerkschaft ÖTV seit 1976; Mitbegründer und mehrfacher Sprecher des Arbeitskreises Historische Friedensforschung (AHF).*

Der lange Schatten Hitlers begleitet die Deutschen bis zum heutigen Tag.<sup>1</sup> Aber nicht nur die Deutschen. Immer wieder wird der Name dieses Diktators in aktuellen Zusammenhängen genannt. Die in jüngster Zeit in der deutschen Innenpolitik vermehrt angestellten Vergleiche zwischen der Gegenwart und der Nazi-Diktatur veranlassten den Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse dazu, mahndend die Stimme zu erheben. Aus Anlass des Gedenkens an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz im Deutschen Bundestag am 27. Januar 2003 bezeichnete er diese NS-Vergleiche als „unerträglich“, weil sie die Opfer der Nazi-Zeit verhöhnerten.<sup>2</sup> Tatsächlich wurden historische Analogien im politischen Meinungskampf häufig in unseriöser und verzerrender Weise verwendet. Sie dienten weniger der politischen Analyse oder Orientierung als vielmehr der Herabsetzung politischer Konkurrenten. Wer NS-Vergleiche anstellt, begibt sich überdies - bildlich gesprochen - auf vermintes Terrain. Dies musste die damalige Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin (SPD) erleben, als sie während des Bundestagswahlkampfes im September 2002 leichtsinniger Weise Hitler und Bush in einem Atemzug erwähnte.<sup>3</sup> Sie musste zurücktreten beziehungsweise auf eine erneute Berufung als Bundesministerin verzichten. Auf den argumentativen Gehalt dieses Vergleiches interessierte sich damals wie heute kaum jemand. In der USA wurde er als ein frühes Signal für das Auseinanderdriften der US-amerikanischen und der deutschen Politik in der Vorgeschichte des Irak-Krieges 2003 wahrgenommen.

- 
- 1 Vgl. „Spiegel spezial“, Das Magazin zum Thema, Die Gegenwart der Vergangenheit. Die „Spiegel“-Serie über den langen Schatten des Dritten Reiches. Nr. 1, 2001.
  - 2 Bericht von Karl-Heinz Baum, Thierse verurteilt NS-Vergleiche. Bundestag gedenkt der Opfer des Nationalsozialismus, in: Frankfurter Rundschau Nr. 23, 28.1.2003, S. 1.
  - 3 Vgl. den Artikel: Bush erobert über Deutsche. „Wachsender Antisemitismus“. Herta Däubler-Gmelin dementiert Hitler-Bush-Vergleich, in: Badische Zeitung 21.9.2002, S. 1 sowie den Bericht von Karl-Heinz Baum, Thierse verurteilt NS-Vergleiche, in: Frankfurter Rundschau Nr. 23, 28.1.2002, S. 1.

Wird der Name Hitlers in einem außenpolitischen Kontext genannt, so gilt dies unmittelbar als ein Gefahrensignal, das die unterschiedlichsten Reflexe auslöst. Denn sowohl bei den Deutschen, die Hitler den Weg bereiteten und ihm bis in die totale Niederlage hinein folgten, als auch bei den Bürgern anderer Länder, die unter der deutschen Besatzungsherrschaft und Vernichtungspolitik zu leiden hatten, wirken die Erfahrungen der NS-Zeit fort. Dies geschieht nicht nur in der Form von historisch-politischem Wissen, sondern auch im Unbewussten, im „seelischen Untergrund“, wie der Psychoanalytiker Tilmann Moser formuliert.<sup>4</sup> So sind es denn nicht nur kognitive, sondern auch emotionale Reflexe, welche die potentielle Wirkungsmacht solcher NS-Analogien ausmachen.

### Präsident Bushs Saddam-Hitler-Vergleich von 1990

Nicht von ungefähr bedienten sich in der jüngsten Vergangenheit Regierungen demokratischer Staaten solcher Hitler-Vergleiche, wenn sie einen Krieg als gerechtfertigt erscheinen lassen wollten. Wer geltend machte, man habe es bei einem bestimmten politischen Gegner mit einem „Wiedergänger Hitlers“ zu tun, legitimierte damit zugleich ganz bestimmte Reaktionen. In der internationalen Politik dienten und dienen Hitler-Vergleiche als Legitimationsmuster für Krieg.

Das Wort Wiedergänger ist altmodisch<sup>5</sup> und bedarf der Erläuterung. Nicht gemeint ist ein Widergänger mit dem kurzen „i“ des Widerstandes - den gibt es auch<sup>6</sup> -, sondern einer mit „ie“, der wieder geht, der erneut zugange ist. Adolf Hitler hat sich in das Bewusstsein der Menschheit als die Inkarnation des Bösen eingegraben.<sup>7</sup> Er nimmt in der Hierarchie der Bösewichte gleich hinter dem Teufel seinen Platz ein. Wo immer der Name Hitlers beziehungsweise die Metapher Hitler im Kontext gegenwärtiger Entwicklungen verwendet wird, soll eine extreme Gefahr signalisiert werden, die das Erfordernis eines gewaltsamen Vorgehens gegen die Bedrohung begründet.

Der wohl prominenteste NS-Vergleich der jüngeren Vergangenheit ist der Saddam-Hitler-Vergleich. Daher soll seine Verwendung in der politischen Rhetorik der letzten 13 Jahre, also von 1990 bis heute, an dieser Stelle näher betrachtet werden. So weit erkennbar, ist Hitler bereits in der Zeit des Kalten Krieges gelegentlich zu Zwecken aktueller Kriegspropaganda benutzt worden, beispielsweise von Franzosen und Briten während der Suezkrise zur Charakterisierung des ägyptischen Präsidenten Gamal Abd el Nasser. Im Vietnamkrieg spielte dieser Vergleich offenbar keine Rolle. Erst nach dem Ende des Ost-West-Konflikts lässt sich eine verstärkte Indienststellung der Metapher „Hitler“ beobachten. Es war jene Zeit des Umbruchs, in welcher entdeckt wurde, dass ein so genannter konventioneller Krieg wieder geführt werden konnte, dies sogar mitten in Europa. Es war zugleich die Phase der Herausbildung einer neuen internationalen Lage, die der damalige US-Präsident George Bush sen. als „Neue Weltordnung“ unter amerikanischer Führung gestaltet sehen wollte.

4 Tilmann Moser, Politik und seelischer Untergrund. Aufsätze und Vorträge, Frankfurt/M. 1993, S. 7. Vgl. auch Tilmann Moser, Dämonische Figuren. Die Wiederkehr des Dritten Reiches in der Psychotherapie, Frankfurt/M. 1996.

5 Meyers Grosses Universal Lexikon Bd. 15, Mannheim/Wien/Zürich 1986, S. 412.

6 Vgl. Jörg Lau, Enzensberger. Ein öffentliches Leben, Berlin 1999, Kap. 11: Der Sänger und sein Widergänger, S. 333-364.

7 Vgl. dazu etwa Ron Rosenbaum, Die Hitler-Debatte. Auf der Suche nach dem Ursprung des Bösen, München/Wien 1999.

Zu einer systematischen Instrumentalisierung Hitlers kam es in der Vorgeschichte des zweiten Golf-Krieges, der am 15. Januar 1991 begann (als ersten Golf-Krieg bezeichnet man des iranisch-irakischen Krieg 1980-1988). So weit bekannt, wurden Saddam Hussein und Hitler erstmals in einem kanadischen Dokumentarfilm über den Iran aus dem Jahre 1987 in einem Atemzug genannt. Der Film zeigte den Iran, der seinerzeit mit dem Irak Krieg führte, als das Opfer irakischer Verbrechen.<sup>8</sup> Allerdings erregte der Vergleich damals noch kein sonderliches Aufsehen. Der Grund hierfür liegt auf der Hand: Die Berichterstattung über den irakisch-iranischen Krieg von 1980-1988 in den westlichen Ländern vermied eine Stigmatisierung des irakischen Diktators, der von den Westmächten insgeheim unterstützt wurde.

Weltweite Beachtung fand der Vergleich wohl erst durch einen Artikel der „New York Times“ vom 5. April 1990, der die alarmierende Nachricht enthielt, dass der irakische Staatspräsident Saddam Hussein „die Juden in Israel auslöschen und den Nahen Osten beherrschen möchte“.<sup>9</sup> Schließlich griff der amerikanische Präsident George Bush sen. in einer Rede vom 8. November 1990 den Vergleich Saddam-Hitler auf. Bush warf den irakischen Truppen, die soeben Kuwait erobert hatten, „ungeheuerliche Akte der Barbarei“ vor, „die nicht einmal Adolf Hitler begangen hat“.<sup>10</sup> Damit waren jedoch nicht die Gasangriffe auf den kurdischen Bevölkerungsteil Iraks im Jahre 1988 gemeint, welche Tausenden von irakischen Staatsangehörigen das Leben gekostet hatten, sondern Gräueltaten, die irakische Truppen nach ihrem Einmarsch in Kuwait im August 1990 angeblich begangen hatten. Mit seiner Rede vom November 1990 verschaffte Präsident Bush dem Saddam-Hitler-Vergleich weltweite Resonanz. Wie ein Forschungsinstitut ermittelt hat, wurde Saddam Hussein alleine in den US-amerikanischen Printmedien in der Zeit zwischen der Bush-Rede und dem Kriegsbeginn 1170 Mal mit Hitler verglichen.<sup>11</sup>

Überraschenderweise spielte dieser Vergleich seinerzeit in Deutschland zunächst keine Rolle. Man hatte ihn zwar wahrgenommen, aber als einen „hinkenden“ Vergleich abgetan, weil Saddam Hussein andere Vorbilder habe als Hitler, nämlich Saladin und Nebukadnezar. Im übrigen bestünde das Ziel des Machtpolitikers Saddam Hussein lediglich darin, Führer der arabischen Welt zu werden. Auch mit anderen zeitgenössischen Tyrannen wie Pinochet, Ghaddafi, Mobutu, Idi Amin oder Bokassa lasse er sich kaum vergleichen.<sup>12</sup> Noch einen Tag vor dem Beginn des Golfkrieges 1991 debattierte der Deutsche Bundestag über die Lage in der Golfregion, ohne dass ein Mitglied der Regierung oder des Parlaments den Saddam-Hitler-Vergleich von Präsident Bush aufgegriffen hätte.<sup>13</sup> Vermutlich spiegelte sich in diesem Verzicht der deutschen Politiker auf das in den USA gezeichnete Feindbild auch die kriegsgegnerische Grundhaltung eines Großteils der deutschen Bevölkerung wider, die sich bereits in mehreren Massendemonstrationen gegen den Krieg lautstark artikuliert hatte und die zudem durch repräsentative Meinungsumfragen belegt war.

---

8 John R. MacArthur, *Die Schlacht der Lügen*, München 1993, S. 84.

9 Zit. nach Wilhelm Kempf, *Manipulierte Wirklichkeiten*, in: Wilhelm Kempf (Hrsg.), *Manipulierte Wirklichkeiten. Medienpsychologische Untersuchungen der bundesdeutschen Presseberichterstattung im Golfkrieg*, Münster/Hamburg 1994 (Reihe „Friedenspsychologie“, Bd. 1), S. 3-27, hier S. 6, Anm. 6.

10 Bush-Rede v. 8.11.1990, zit. nach MacArthur, *Schlacht der Lügen*, S. 83.

11 Mansur Khan, *Die geheime Geschichte der amerikanischen Kriege. Verschwörung und Krieg in der NS-Außenpolitik*, Kap. 12, Abschnitt „Der Propagandafeldzug der Bush-Regierung: die Medien in den USA und ihr Einfluss“, o.J., zit. nach der Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, „Vergleiche von Saddam Hussein mit Adolf Hitler in der Irak-Debatte seit dem Golfkrieg“ vom 20.1.2003 (WD 1 - 01/03).

12 So Fredy Gsteiger, *Sein Gesetz ist die Gewalt. Der irakische Diktator fordert die Völkergemeinschaft heraus*, in: *Die Zeit* Nr. 1, 28.12.1990, S. 5.

13 Deutscher Bundestag, *Stenographischer Bericht*, 2. Sitzung am 14. Januar 1991, Plenarprotokoll 12/2, S. 21-43.

## Irritationen in Deutschland durch Wolf Biermann und Hans Magnus Enzensberger

Wenig später waren es dann zwei prominente deutsche Intellektuelle aus dem linken Spektrum, die in das Horn Präsident Bushs stießen und damit eine nachhaltige Irritation gerade bei jenen Deutschen auslösten, die bereits öffentlich gegen den Krieg protestiert hatten. Gemeint sind Wolf Biermann und Hans Magnus Enzensberger. Biermann erklärte rundheraus: „Damit wir uns richtig verstehen: Ich bin für diesen Krieg am Golf“<sup>14</sup> und begründete diese Haltung hauptsächlich mit der Gefahr, die der irakische Diktator, den er als einen „gestandenen Massenmörder“ bezeichnete, für Israel bedeute: „Die Ausrottung war den Juden sowohl von Hitler als auch von Saddam Hussein offen angekündigt. Damals wie heute kam die Drohung von einem blutigen Emporkömmling, einem Tyrannen, Demagogen und Machtparanoiker.“ Des weiteren erinnerte Biermann an das Münchener Abkommen von 1938, das Zurückweichen der Westmächte vor Hitler und an jene friedliebenden Franzosen, die damals skeptisch gefragt hatten: „Mourir pour Danzig?“ Die Quintessenz seiner Wortmeldung fasste Biermann in der rhetorischen Frage zusammen: „Soll man einen Hitler machen lassen um des Friedens willen?“

Damit war eine Reihe von Argumenten formuliert, die in den politischen Debatten der Folgezeit eine große Rolle spielten und bis zum heutigen Tage spielen. Schon damals, während des Golf-Krieges von 1990/91, konnte man beobachten, dass der Saddam-Hitler-Vergleich in den angelsächsischen Ländern andere Assoziationen auslöste als in Deutschland. Die unterschiedliche Sehweise hatte etwas mit den je spezifischen Erfahrungen mit dem nationalsozialistischen Deutschland zu tun. Für die Briten und Amerikaner war der Name Hitler untrennbar mit dem Münchener Abkommen von 1938 verknüpft, also mit dem Tatbestand, dass Hitler die Westmächte in München „über den Tisch gezogen“ hatte. Die „historische Lehre“ der Angelsachsen lautete, aus dem damaligen Scheitern der Appeasement-Politik müsse die Konsequenz gezogen werden, dass frühzeitig und konsequent gegen drohende Gefahren eingeschritten werden müsse.<sup>15</sup> Aus angelsächsischer Sicht hatte Hitler durch den Bruch des „Londoner Abkommens“ seine Unkalkulierbarkeit und Wortbrüchigkeit bewiesen und damit „jegliche Vertragsfähigkeit“ eingebüßt.<sup>16</sup> Die britische Erinnerung an Hitler und den Zweiten Weltkrieg ist also einerseits geprägt von der „Vorstellung von den Deutschen als militaristische ausländische Aggressoren und Eroberer“<sup>17</sup> und andererseits von dem Bild eines wortbrüchigen Diktators, der als Vertragspartner nicht mehr in Frage kam. Aus diesem Grunde sollten die Angelsachsen dann auch als ihr Kriegsziel die „bedingungslose Kapitulation“ Hitler-Deutschlands formulieren und - zusammen mit der Sowjetunion - auch durchsetzen. Im Kriegsjahr 2003 nahmen US-Präsident Georg W. Bush jun. und der britische Premierminister Tony Blair wiederum mehrfach auf das Münchener Abkommen von 1938 Bezug, um die Notwendigkeit eines Präventivkrieges gegen den Irak Saddam Husseins zu begründen.

14 Wolf Biermann, Kriegshetze Friedenshetze, in: Die Zeit Nr. 6, 1. Februar 1991, S. 59, auch zum Folgenden.

15 Man muss hierzu wissen, dass die Appeasement-Politik der Alliierten von 1938 gegenüber Hitler nichts mit Pazifismus zu tun hatte. Vielmehr war sie die einzige Form von Machtpolitik, welche die Briten und die Franzosen seinerzeit realisieren konnten, nachdem sie zuvor kein Machtpotential gegen das aufrüstende Deutsche Reich aufgebaut hatten. So Gottfried Niedhart, Appeasement ist kein Pazifismus und Krieg ist nicht gleich Krieg, in: Frankfurter Rundschau, 26.2.1991, S. 9.

16 Dan Diner, Der Krieg der Erinnerungen und die Ordnung der Welt, Berlin 1991.

17 Diner, Krieg der Erinnerungen.

Ähnlich wie Wolf Biermann haben viele Juden in aller Welt, auch deutsche, seit 1990 immer wieder deutlich gemacht, dass sie der Macht der US-Streitkräfte weit mehr vertrauen als der Friedensliebe der pazifistischen Bewegungen in den westlichen Demokratien.<sup>18</sup> Es ist die Perspektive der Holocaust-Überlebenden, die 1945 von den alliierten Streitkräften befreit wurden. Zusammen mit anderen Autoren meldeten sich 1991 deutsche Juden in dem bilanzierenden Sammelband mit dem spöttischen Titel „Liebesgrüße aus Bagdad“<sup>19</sup> zu Wort. Sie kritisierten durchgängig den während des Golf-Krieges von 1991 in der deutschen Öffentlichkeit bekundeten Pazifismus, weil dieser der Gefährlichkeit des irakischen Diktators nichts entgegengesetzt hätte sowie für den Umstand, dass er die Schutzbedürftigkeit des Staates Israel vor irakischen Raketenangriffen nicht berücksichtigt habe.

Zu einem späteren Zeitpunkt - nämlich im Herbst des Jahres 1991, als der Golf-Krieg längst beendet war - wurde dieses Argument durch eine Information des Politikers Georg Kahn-Ackermann bekräftigt. Der vormalige Generalsekretär des Europarates ließ wissen, Saddam Hussein habe ihm im Jahre 1967 gesprächsweise mitgeteilt, dass er Hitlers „Mein Kampf“ gelesen und es über weite Strecken auswendig gelernt habe, sowie, dass Hitler seitdem sein Vorbild sei; dessen großer Fehler sei es nur gewesen, „dass er die Juden nicht total ausgerottet“ habe.<sup>20</sup>

Noch größeres Aufsehen erregte seinerzeit Hans Magnus Enzensberger. In einem - Anfang Februar 1991 in dem Magazin „Der Spiegel“ veröffentlichten - Essay bezeichnete er Saddam Hussein als „Hitlers Wiedergänger“.<sup>21</sup> Der eine wie der andere Diktator, argumentierte der Schriftsteller, sei nicht etwa bloß der Feind eines bestimmten Volkes, sondern ein „Feind des Menschengeschlechts“ beziehungsweise ein „Feind der Menschheit“.<sup>22</sup> Enzensberger war sich der Gefahren bewusst, die darin steckten, dass gerade er, ein politisch unabhängiger, linker Intellektueller, der Gleichsetzung Saddam Husseins mit Hitler eloquente Schützenhilfe leistete. Er betonte nämlich explizit, dass er die Geschichte nicht als Instrument missbrauchen, sondern als Erkenntnisinstrument benutzen wollte: „Jeder Versuch, historische Vorgänge zu verstehen“, schrieb er, sei „auf die Erfahrung - und das heißt: auf den Vergleich - angewiesen.“ Er wolle das „Wesen der Sache“ treffen.<sup>23</sup> Enzensberger machte seine Analogie vornehmlich an der Kategorie des „kollektiven Todesrausches“ fest. Sowohl Hitler und Saddam Hussein als auch die Bevölkerungen von Deutschland (1944/45) und Irak (1990/91) wollten bis zum „Untergang“<sup>24</sup> kämpfen und sich aufopfern. Ideologische bzw. religiöse Überhöhungen sowie Allmachtsphantasien ersetzten hier wie dort das rationale politische Kalkül. Inzwischen war allerdings zu erkennen, dass nicht der Todesrausch, sondern der Machterhalt der primäre Beweggrund des irakischen Diktators ist; und dass es sich bei der Bevölkerung Iraks keineswegs um eine durchgängig militarisierte, führergläubige Gesellschaft handelt, wie es die deutsche von 1944/45 gewesen war.

---

18 Vgl. Natan Sznajder, Amerika, du machst es besser. Warum Juden in aller Welt lieber auf die US-Armee als auf Friedensbewegungen vertrauen, in: Die Zeit Nr. 5, 23.1.2003, S. 29.

19 Klaus Bittermann (Hrsg.), Liebesgrüße aus Bagdad. Die „edlen Seelen“ der Friedensbewegung und der Krieg am Golf, Berlin 1991.

20 Diese Mitteilung von Kahn-Ackermann wird wiedergegeben von Hans Magnus Enzensberger in einer „Nachschrift“ zu seinem Essay „Hitlers Wiedergänger“, in: Bittermann, Liebesgrüße, S. 51f.

21 Hans Magnus Enzensberger, Hitlers Wiedergänger, in: Der Spiegel 6/1991; Wiederabdruck in: Bittermann, Liebesgrüße.

22 Enzensberger, Hitlers Wiedergänger, S. 46, 48.

23 Enzensberger, Hitlers Wiedergänger, S. 44.

24 Zum Untergangspathos in Deutschland in der Schlussphase des Zweiten Weltkrieges 1944/45 vgl. Wolfram Wette, Die Wehrmacht. Feindbilder, Vernichtungskrieg, Legenden, Frankfurt/M. 2001, S. 181-197 sowie Joachim C. Fest, Der Untergang: Hitler und das Ende des Dritten Reiches, Berlin 2002.

In der Geschichtswissenschaft gehört der Vergleich „zu den schwierigsten Künsten“.<sup>25</sup> Er dient als ein Erkenntnisinstrument,<sup>26</sup> wenn gewährleistet ist, dass die Vergleichsgrößen stimmig sind und wenn Ähnlichkeiten und Unterschiede systematisch herausgearbeitet werden. Die Benennung der Unterschiede wird in den saloppen Vergleichen, wie sie in Politik und Publizistik üblich sind, in aller Regel nicht geleistet, auch nicht in den Mutmaßungen über den „Wiedergänger Hitlers“. Enzensberger interessierte sich damals wenig für die extreme Asymmetrie zwischen dem Hitler-Staat von 1939 und dem Irak von 1991.<sup>27</sup> Er wie andere versäumten es, die militärischen und ökonomischen Potentiale zu vergleichen, die Fähigkeit beziehungsweise Unfähigkeit zur eigenen Rüstungsproduktion, das Menschenreservoir, das Bruttosozialprodukt, die ganz unterschiedlichen politischen Ziele Hitlers und Saddam Husseins sowie die Unterschiede in der politischen Verfassung des damaligen Deutschland und des heutigen Irak. 1991 ist die Wirtschaftskraft Iraks mit der von Belgien verglichen worden. In den zwölf Jahren, die seit dem ersten Golfkrieg vergangen sind, hat das internationale Embargo den Irak zusätzlich massiv geschwächt, insbesondere die Masse der Bevölkerung. Er ist, wie verlässliche Sachverständigenberichte an den UNO-Generalsekretär Kofi Annan belegen, von einem Schwellenland in den Status eines Entwicklungslandes abgestürzt.

Die Politiker und Publizisten, die seinerzeit den Saddam-Hitler-Vergleich benutzten, wollten allerdings von einer bedächtigen komparatistischen Abwägung nichts wissen. Überdies durften sie voraussetzen, dass sie niemand zur Rechenschaft ziehen würde, wenn sich ihr Vergleich später als absurd herausstellen sollte. Im Rückblick erkennen wir das ganze Ausmaß der Unsinnigkeit dieses Vergleichs, und zwar nicht nur von der hohen Warte des akademischen Elfenbeinturms aus, in der man es schon immer besser wusste, sondern durch die Betrachtung der Handlungen eben jener politischen Akteure, die sich damals des Saddam-Hitler-Vergleichs bedienten. Während die Alliierten des Zweiten Weltkrieges nämlich Hitler-Deutschland 1945 zur bedingungslosen Kapitulation zwangen, ging man mit Saddam Hussein ganz anders um. Wie es angesichts der extremen Asymmetrie des Konflikts zu erwarten war, erlitt der als „Hitler des Orients“ titulierte Diktator des Irak 1991 eine schnelle militärische Niederlage. Aber er wurde von den Siegern am Leben und an den Hebeln der Macht belassen und war plötzlich auch nicht mehr der „Feind der Menschheit“, weil man sich vom ihm jetzt wieder eine politisch stabilisierende Rolle in der Golfregion erhoffte.

### **„Nie wieder Krieg!“ - auch wenn ein „Wiedergänger Hitlers“ auftritt?**

Die von Biermann und von Enzensberger entfalteten Analogien fügten sich nahtlos in die Feindbilder ein, die seinerzeit von der Regierung Bush und den ihr nahestehenden Medien propagiert wurden.<sup>28</sup> In Deutschland lösten die beiden Intellektuellen mit ihrem - auf eine Gleichsetzung hinauslaufenden - Vergleich von Hitler und Saddam Hussein eine breite

25 Hans-Ulrich Wehler, *Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum „Historikerstreit“*, München 1988, S. 167.

26 Vgl. Hartmut Kaelble/Jürgen Schriewer (Hrsg.), *Vergleich und Transfer. Komparatistik in den Sozial-, Geschichts- und Kulturwissenschaften*, Frankfurt/M./New York 2001 sowie Hans Arndt, *Vergleiche menschlichen Verhaltens in Geschichte und Politik. Eine Psychoanalyse historisch-politischen Geschehens*, St. Michael 1980.

27 Vgl. Wolfram Wette, *Denken in Freund-Feind-Klischees. Der Vergleich Saddam-Hitler in der Sicht eines Historikers*, in: *Badische Zeitung* Nr. 51, 1.3.1991, S. 4.

28 Ute Palmbach/Wilhelm Kempf, *Die Konstruktion des Feindbildes Saddam*, in: Kempf, *Manipulierte Wirklichkeiten*, S. 58-81.

öffentliche Diskussion aus. Sie wurde mit großer Schärfe geführt und ließ nicht wenige gewachsene politische Freundschaften zerbrechen. Jetzt wurde auch erkennbar, dass die Stellungnahmen einiger intellektueller Meinungsführer zu diesem Krieg nicht mehr in dem vertrauten Rechts-Links-Schema unterzubringen waren, sondern dass sich neue Konstellationen herauszubilden begannen, die von den deutschen Medien nunmehr mit dem Begriffspaar „Bellizisten“ und „Pazifisten“ einzufangen versucht wurden.

Die Heftigkeit der politischen Auseinandersetzungen in Deutschland hatte etwas damit zu tun, dass die Befürworter des Golfkrieges die politischen Grundüberzeugungen der nach 1945 sozialisierten Generationen in Frage stellten.<sup>29</sup> Die Kriegsgegner ihrerseits interpretierten die konkrete Situation des Golfkrieges von 1990/91 so, dass jetzt die Nagelprobe auf die Ernsthaftigkeit dieses Wandels vom Militarismus früherer Zeiten zum Pazifismus gefordert war. Der deutsch-israelische Historiker Dan Diner hat diese historische Dimension der Kontroverse erkannt, wenn er sie als einen „Krieg der Erinnerungen“ charakterisierte.<sup>30</sup>

Die politischen Grundüberzeugungen der Deutschen nach 1945 lassen sich verstehen als ein Reflex auf die Hitler-Zeit, vornehmlich auf die Erfahrungen der militarisierten deutschen „Volksgemeinschaft“, des totalen Krieges und der totalen Niederlage sowie auf den Holocaust und die anderen Massenverbrechen. Aus diesen extrem destruktiven Erfahrungen zogen nicht wenige Deutsche bestimmte historische Lehren. Sie lauteten:

- „Nie wieder“ sollte von deutschem Boden ein Krieg ausgehen.
- „Nie wieder“ sollte in Deutschland ein Unrechtssystem wie das nationalsozialistische eine Chance haben.
- „Nie wieder“ sollte ein Menschheitsverbrechen wie Auschwitz möglich sein.

Also: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! Nie wieder Auschwitz! Diese Grundüberzeugungen gingen auch in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland von 1949 ein. Gleichzeitig begründeten sie einen neuen deutschen „Verfassungspatriotismus“, von dem sich die Demokraten erhofften, dass er den Nationalismus als identitätsstiftende Ideologie ablösen würde. Es ist jedoch darauf aufmerksam zu machen, dass die genannten „Nie wieder!“-Schwüre im Wesentlichen auf das eigene Land, auf Deutschland, von dem im 20. Jahrhundert so viel Unheil ausgegangen war, gemünzt waren, das heißt, dass sie als Leitlinien einer politischen Selbstreinigung aufgefasst wurden. Das bedeutet aber zugleich, dass die solchermaßen geläuterte deutsche Grundorientierung damals noch nicht, zumindest nicht selbstverständlich, auf das große Feld der internationalen Politik übertragen wurde.

So erklärt sich die Irritation, die während des Golf-Krieges von 1990/91 von dem Saddam-Hitler-Vergleich ausging. Er stellte plötzlich die Legitimität der kriegsgegnerischen Grundeinstellung in Frage. Jetzt zeigte es sich, dass diese Einstellung keine Antwort auf die Frage enthielt, welche Position denn bezogen werden müsse, wenn in der Gegenwart tatsächlich ein „Wiedergänger Hitlers“ auftreten sollte. Würden sich die Deutschen dann in eine Kriegscoalition einreihen müssen, die sich anschickte, den „Wiedergänger“ durch eine gemeinsame Kriegsanstrengung niederzuringen, so wie es einst die Alliierten des Zweiten Weltkrieges gegen Hitler-Deutschland getan hatten? War der Krieg gegen den „Wiedergänger“ nicht ebenso legitim wie zuvor der Krieg gegen Hitler? Wer Saddam Hussein mit

---

29 Vgl. Lothar Baier, Kostümprobe. Wie es dazu kam, dass die Golfkriegsdebatte gerade in Deutschland so erbittert geführt wurde, und was sich möglicherweise dahinter verbirgt, in: Die Zeit Nr. 30. 19.7.1991, S. 38.

30 Diner, Krieg der Erinnerungen.

Hitler gleichsetzte, ohne die Unterschiede zu beachten, hatte diese schwerwiegenden Fragen bereits mit einem Ja beantwortet.

Die Anhänger des Saddam-Hitler-Vergleichs gingen damals, 1991, mit ihrer Argumentation in die Offensive und attackierten die deutsche Friedfertigkeit als „Drückebergerei“, „Friedenshysterie“, „Friedenshetze“, Realitätsferne, Beiseitestehen oder gar als politische Verantwortungslosigkeit.<sup>31</sup> Manch einer unter den Kriegsgegnern verspürte nun eine verunsichernde Ambivalenz.

Die deutsche Regierung Kohl hat sich den Saddam-Hitler-Vergleich damals nicht zu Eigen gemacht. „Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte“ betrieb sie eine Politik, die darauf abzielte, möglichst wenig in den Golfkrieg hineingezogen zu werden. Diese Zurückhaltung stand noch in der Tradition der „alten“ Bundesrepublik. An Stelle einer Kriegsbeteiligung mit deutschen Soldaten überwies die Bundesregierung rund 17 Milliarden Deutsche Mark in die Kriegskasse der Koalition. So blieb es damals den „bellizistischen“ Publizisten überlassen, die Mehrheitsmeinung in Deutschland mit dem Saddam-Hitler-Vergleich in ihrem Sinne aufzurütteln. Ihre zentrale Botschaft lautete, dass man einen „Wiedergänger Hitlers“ nicht machen lassen dürfe um des Friedens willen.

### Historische Legitimationsmuster deutscher Politiker für den Krieg um Kosovo 1999

Die deutsche Geschichte war wiederum präsent, als im Jahre 1999 der Krieg um das Kosovo geführt wurde. Weder in Deutschland noch in anderen westlichen Ländern ging man so weit, nun auch den serbischen Diktator Slobodan Milosevic zu einem „Wiedergänger Hitlers“ zu erklären und damit an die Kriegspropaganda während des Golfkrieges von 1991 anzuknüpfen. Aber führende deutsche Politiker verzichteten nicht darauf, zu Legitimationszwecken auch jetzt auf historische Metaphern zurückzugreifen.

Angesichts der Vertreibung der Kosovo-Bevölkerung durch die Serben äußerte Bundesaußenminister Joschka Fischer seinen Glaubenssatz: „Ich habe nicht nur gelernt: Nie wieder Krieg, sondern auch: Nie wieder Auschwitz.“<sup>32</sup> Fischer benutzte diesen Vergleich, um die zögerliche deutsche Öffentlichkeit von der Notwendigkeit eines gewaltsamen Vorgehens gegen das Serbien Milosevics zu überzeugen. Der Außenminister glaubte, nur auf diese Weise den ersten Kriegseinsatz deutscher Soldaten nach dem Zweiten Weltkrieg rechtfertigen zu können, zumal dieser nicht einmal von den Vereinten Nationen legitimiert war.

Sein persönliches „Damaskus-Erlebnis“ hatte Fischer allerdings schon im Jahre 1995 gehabt, als er sich bei einem Besuch der früheren UNO-Schutzzone Srebrenica, in der die bosnischen Serben zwischen 4 000 und 8 000 muslimische Landsleute ermordet hatten, das Massaker vergegenwärtigte. Fischer bemerkte damals: „Das hätten wir verhindern können!“<sup>33</sup> Er versuchte das aktuelle Geschehen jeweils in Bezügen zur NS-Zeit und zum Zweiten Weltkrieg zu begreifen und seine Ansichten und Entscheidungen entsprechend zu begrün-

31 Vgl. dazu Wolfram Wette, Drückebergerei oder Friedfertigkeit? Die Deutschen während des Golf-Kriegs 1991 im Lichte militaristischer und pazifistischer Traditionen, in: Detlef Bald (Hrsg.), Rüstungsbestimmte Geschichte und das Problem der Konversion in Deutschland im 20. Jahrhundert, Münster/Hamburg 1993 (Jahrbuch für Historische Friedensforschung 1992), S. 143-153.

32 Zit. nach Michael Schwelin, Joschka Fischer. Eine Karriere, Hamburg 2000, S. 99.

33 Schwelin, Joschka Fischer, S. 100, meint ebenfalls, mit Srebrenica 1995, und nicht erst mit dem angeblichen Massaker von Racac im Januar 1999, habe Fischer einen Überzeugungswandel durchgemacht.

den. „Ohne Milosevic mit Hitler gleichzusetzen,“ sagte er einmal, „was er mit großserbischer Politik angerichtet hat, wie er dieses Land zu Grunde gerichtet hat, das ähnelt dem doch sehr stark.“<sup>34</sup> Milosevic sei zwar nicht, wie Hitler, in der Lage, um die Hegemonie in Europa zu kämpfen, schränkte Fischer den Vergleich ein, aber im regionalen Rahmen hätten sich die ethnisch motivierten Vertreibungen eben doch wiederholt.

Die Rhetorik von Verteidigungsminister Rudolf Scharping während des Kosovo-Krieges war deutlich weniger mit direkten Bezügen zur deutschen Geschichte gespickt. Er vermied es durchgängig, Parallelen zwischen Hitler und Milosevic zu ziehen. Den Charakter des serbischen Diktators glaubte er mit dessen eigener Bekundung hinreichend erfasst zu haben: Er, Milosevic, könne über Leichen gehen, die demokratischen Länder aber nicht.<sup>35</sup> Sein veröffentlichtes Kriegstagebuch versah er mit dem bezeichnenden Titel „Wir dürfen nicht wegsehen“. Damit münzte er eine zentrale Negativerfahrung aus der NS-Zeit - nämlich das Wegsehen der meisten Deutschen bei der Erniedrigung, Deportation und Ermordung von rassistisch Verfolgten - in eine handlungsleitende Lehre um. Nach der Überzeugung Scharpings durfte ein geschichtsbewusster Deutscher in dieser Lage nicht passiv bleiben. Stattdessen war ein „Einschreiten gegen Völkermord und schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ dringend geboten.<sup>36</sup>

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich die beiden exponierten Bundesminister Fischer und Scharping während des Kosovo-Krieges vom Frühjahr 1999 vor erhebliche Legitimationsprobleme gestellt sahen. Sie versuchten diese - in unterschiedlicher Weise - unter Verweis auf spezifisch deutsche Lehren aus der Geschichte zu bestehen, also mit einer politischen Moral, die sich als Antwort auf die Negativerfahrung der NS-Zeit ausgeformt hatte. Ihre Argumentation machte zugleich den enormen Wandel deutlich, der sich in den 1990er-Jahren in der deutschen Politik vollzogen hatte. War Bundeskanzler Helmut Kohl noch während des Golf-Krieges von 1991 davon ausgegangen, dass die mit dem Namen Hitler verbundene deutsche Vergangenheit eine Beteiligung deutscher Soldaten an einem Krieg gegen den Irak nicht erlaube, selbst wenn eine Legitimation der UNO vorlag, so wurde das historische Argument jetzt von den Exponenten einer linken Regierung geradezu umgedreht: Aus der Hitlerschen Vernichtungspolitik müsse man - der Devise „Nie wieder Auschwitz!“ folgend - die Verpflichtung zu einem militärischen Einschreiten im Kosovo ableiten.

Zwei Jahre später, am 11. September 2001, wurden die Terroranschläge gegen das World Trade Center in New York und andere Ziele in den USA verübt. Es folgte der von der UNO legitimierte Krieg gegen das Taliban-Regime in Afghanistan im Oktober 2001, unterstützt von der Bundeswehr. Dieser Einsatz wurde, wie ein aufmerksamer Zeitgenosse registrierte, sowohl im Deutschen Bundestag als auch in den deutschen Medien erstmals ohne Rückbezug auf die deutsche Vergangenheit diskutiert und beschlossen.<sup>37</sup> Es war sozusagen der erste „Krieg ohne Hitler“. Der Veränderungsprozess in der deutschen Außenpolitik war unter dem Eindruck der US-Vorstellung von einer „Neuen Weltordnung“ seit Anfang der 1990er-Jahre von einer schwarz-gelben Regierung eingeleitet und von einer rot-grünen Regierung ab 1998 in raschem Tempo zum Abschluss gebracht worden.

---

34 Zit. nach Schwelin, Joschka Fischer.

35 Rudolf Scharping, Wir dürfen nicht wegsehen, Berlin 1999, S. 13.

36 Formulierung bei Scharping, Wir dürfen nicht wegsehen, S. 13, ähnlich S. 62, 81, 84, 98, 106.

37 Stefan Reinecke, Krieg ohne Hitler. Der Einsatz von Bundeswehrsoldaten in Afghanistan wird erstmals ohne Rückbezug auf die Vergangenheit diskutiert. Damit ist die deutsche Normalisierung abgeschlossen, in: die tageszeitung, 8.11.2002, S. 9.

## Die „Achse des Bösen“

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 hat der Saddam-Hitler-Vergleich keine echte Renaissance erlebt. Die Erklärung ist einfach: Es gab keinen Staatschef, der als Führer des internationalen Terrorismus bekämpft werden konnte. Der Feind zeigte sich nicht, ließ sich kaum personifizieren. US-Präsident George W. Bush junior und seine Berater griffen daher auf die fundamentalistische Rhetorik der Reagan-Administration aus den 1980er-Jahren zurück, welche die Sowjetunion als das „Reich des Bösen“ bezeichnet hatte. Nun, nach dem 11. September, machten sie - wohl die faschistische „Achse“ Hitler-Mussolini assoziierend - eine „Achse des Bösen“ ausfindig, welcher sie neben den internationalen Terrornetzwerken auch die so genannten „Schurkenstaaten“ Irak, Iran und Nordkorea (und andere) zuordneten.<sup>38</sup> Da es sich hierbei um mehrere souveräne Staaten handelte, machte es keinen Sinn, erneut die Metapher Hitler zu beschwören.

Das Feindbild „Achse des Bösen“, das die US-Administration fortan an die Wand malte, hat in Deutschland sogleich Besorgnisse und Kriegsängste ausgelöst. Es hat aber auch die Hoffnung aufleben lassen, das von der Hitler-Zeit geprägte, negative Deutschlandbild in der Welt werde nun als „Symbol des Bösen“ verblassen und durch die in Asien angesiedelte „Achse des Bösen“ abgelöst.<sup>39</sup> Wie erkennbar, zielte dieser Gedankengang auf eine Entlastung von der deutschen Vergangenheit ab. Schon der Saddam-Hitler-Vergleich von 1990/91 schien eine solche Entlastung bieten zu können. Denn wenn ein „Wiedergänger Hitlers“ in der Golfregion auftrat, so war der echte Hitler nicht mehr der singuläre Menschheitsverbrecher, sondern eine kriminelle Führerfigur, die im historischen Prozess jederzeit neu auftreten konnte. Die monströsen Verbrechen des realen Hitler wurden durch diesen Vergleich relativiert.

## Die Hitler-Metapher - Argument oder Instrument?

Diejenigen Politiker und Publizisten, die während des Golf-Krieges behaupteten, mit dem irakischen Staatspräsidenten Saddam Hussein sei ein „Wiedergänger Hitlers“ aufgetaucht, verfolgten nicht in erster Linie das Ziel, die Menschen sachgerecht über eine konkrete Bedrohung aufzuklären. Der Vergleich diente ihnen als ein Instrument, mit dem sie die Erreichung ihrer politischen Ziele zu fördern suchten.

Die Deutschen sollten nach dem Ende des Kalten Krieges an das politische Konzept einer militärisch instrumentierten Außenpolitik herangeführt werden, das sich als so genannte „Neue Normalität“ tarnte. Hier konnte der Saddam-Hitler-Vergleich die Aufgabe erfüllen, die Menschen aufzurütteln. Das war - aus der Sicht der amerikanischen Administration - besonders in den von ihr so genannten „postheroischen“ Gesellschaften Europas mit ihren „friedenssatten Konsumheroen“<sup>40</sup> notwendig. In der politologischen Fachterminologie von Herfried Münkler ausgedrückt: Die permanenten übersteigerten Vergleiche von modernen Diktatoren mit Hitler müssten insgesamt im Kontext des Phänomens der „gewaltaversen Grunddisposition postheroischer Gesellschaften“ interpretiert werden.<sup>41</sup>

38 Dietmar Ostermann, Die Frau des Redenschreibers ... und die Weltpolitik: Der Tag, an dem George W. Bush eine „Achse des Bösen“ fand, in: Frankfurter Rundschau Nr. 1, 2.1.2003, S. 7.

39 Elisabeth Kiderlen, Deutschland – als Symbol des Bösen abgelöst?, in: Badische Zeitung, 23.12.2002, S. 11.

40 Herfried Münkler, Moralphilosophie auf dem Kriegspfad, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2002, S. 1135-1144, hier S. 1342, Anm. 24.

41 Herfried Münkler, Moralphilosophie.

Mit dem Saddam-Hitler-Vergleich wurde die Bedrohung, die von dem irakischen Diktator ausging, bewusst und systematisch überzeichnet, um die Politiker und Bürger der westlichen Welt davon zu überzeugen, dass die demokratischen Staaten im Interesse des Weltfriedens zu dem Mittel kriegerischer Gewalt greifen müssten, um die Gefahr einzudämmen. Insoweit suggerierte der öffentliche Gebrauch des Saddam-Hitler-Vergleichs „die Entpflichtung von der Politik und die Verpflichtung zur militärischen Aktion“.<sup>42</sup> Zugleich signalisierte er, dass die Entscheidungen, diesen Weg zu beschreiten, bereits gefallen waren.

Zugleich diente die Metapher „Hitler“ im Kontext des Golf-Krieges von 1990/91 als ein Propagandainstrument gegen den Pazifismus. Wer glaubhaft machen konnte, dass ein „Wiedergänger Hitlers“ den Frieden bedrohte, der stellte aktuell wie generell die Glaubwürdigkeit und die politische Effizienz pazifistischer Positionen in Frage. Hätten auch die Alliierten „Nie wieder Krieg!“ gesagt, hätte Hitler womöglich die Welt erobert und nach seinen rassistischen Vorstellungen beherrscht.<sup>43</sup>

Wenn man sich die Frage stellt, weshalb der Saddam-Hitler-Vergleich in der Irak-Krise von 2002/03 nur noch selten bemüht wurde, so ist zunächst einmal auf den Glaubwürdigkeitsverlust zu verweisen, den er im zurückliegenden Jahrzehnt erlitten hatte, zugleich aber auch auf die neue Konfliktlage, die sich durch den 11. September 2001 ergab. Der gesichtslose internationale Terrorismus ließ sich auch bei größten Verrenkungen nicht auf eine Zentralmetapher wie „Hitler“ reduzieren. Daher wurde der Saddam-Hitler-Vergleich nicht reaktiviert, sondern durch andere Feindbilder wie „Schurkenstaaten“ und „Achse des Bösen“ ersetzt. Wenn der amerikanische Präsident Bush in seinen Reden auf „das Böse“<sup>44</sup> verwies, das dem Guten, nämlich den USA, gegenüberstehe, so präsentierte er der Weltöffentlichkeit ein denkbar allgemeines und zugleich religiös überhöhtes Feindbild, das von historischen Erfahrungen vollständig losgelöst war. Mit dieser manichäischen Weltsicht vermochte er allerdings die Weltöffentlichkeit nicht zu überzeugen. In Deutschland löste die Rede von der „Achse des Bösen“ eher ein Achselzucken aus. Jedenfalls führte sie nicht zu jenen emotionalen und intellektuellen Irritationen, die der Saddam-Hitler-Vergleich zwölf Jahre zuvor hervorgerufen hatte.

## Kriegslegitimationen von Demokratien und Diktaturen

Demokratien wird gewöhnlich eine größere Friedfertigkeit unterstellt als Diktaturen. Ob diese Annahme zutreffend ist oder nicht, kann an dieser Stelle nicht untersucht werden. Aber unterscheiden sich die Legitimationsmuster, wie sie in der Kriegspropaganda einer Demokratie und einer Diktatur verwendet werden, grundlegend voneinander?

Charakteristisch für das nationalsozialistische Deutschland war es, dass das Regime zum Zwecke der Kriegsschuldabwälzung gegenüber der deutschen und internationalen Öffentlichkeit jeweils behauptete, es habe auf eine akute militärische Bedrohung reagieren müssen. Im September 1939 ließ Hitler wissen, die Polen hätten angegriffen, und so werde nun „zurückgeschossen“. Der Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 wurde mit einer

---

42 Stefan Wild, Karriere einer Metapher, in: Frankfurter Rundschau Nr. 60, 12.3.1991, S. 14.

43 Vgl. Ralph Giordano, Wenn Hitler den Krieg gewonnen hätte. Die Pläne der Nazis nach dem Endsieg, Hamburg 1989.

44 Vgl. dazu die Analyse des evangelischen Theologen und Kirchenpräsidenten der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Peter Steinacker, God's own country. Auch religiöse Differenzen verbreitern die Kluft zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Europa, in: Frankfurter Rundschau Nr. 17, 21.1.2003, S. 7.

ausgeklügelten Präventivkriegsthese gerechtfertigt, deren Wirkung teilweise bis zum heutigen Tage anhält.<sup>45</sup> Die deutsche Wehrmacht, so das zentrale Argument, sei bei ihrem Einmarsch in die Sowjetunion einem Angriff der Roten Armee lediglich zugekommen. Doch im Hinblick auf die - zunächst geheim gehaltenen - Eroberungsabsichten wurden die Legitimationsmuster von vorneherein breiter angelegt. Bei diesem Krieg, so lauteten die Formeln der NS-Propaganda, handle es sich um einen „Kreuzzug“ gegen den „jüdischen Bolschewismus“, um einen Kampf für die Verteidigung der Werte des Abendlandes gegen die asiatischen „Untermenschen“. Die wirklichen Ziele wurden verschwiegen: einen großräumigen Eroberungs- und Vernichtungskrieg zu führen mit dem Ziel einer Neuordnung Europas nach rassenpolitischen Gesichtspunkten. Verschwiegen wurde ebenso die konkrete Absicht, die Juden Europas auszurotten. Auch Hitler war bestrebt, seine Kriegspolitik als gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Was den grundlegenden Unterschied zu einem demokratischen Staat ausmachte, war das Meinungsmonopol und die fehlende Öffentlichkeit: Andersdenkende konnten sich nicht frei artikulieren; das Regime unterdrückte und verfolgte jede abweichende Meinung mit Gewalt.

Wer die Kriegspropaganda des Irak und der USA der Jahres 2003 miteinander vergleicht, also die Legitimationsmuster einer Diktatur und einer Demokratie, dem fallen die Ähnlichkeiten des Feindbild-Vokabulars unmittelbar ins Auge. Die pathetische Rede von der „Mutter aller Schlachten“ unterscheidet sich nicht grundlegend von der Beschwörung des „Kreuzzugs gegen das Böse“.<sup>46</sup> Wechselseitig sahen die Kontrahenten im jeweils anderen „das Böse“ und in sich selbst „das Gute“ verkörpert. Niemand wollte der Angreifer sein, weshalb der Begriff „Verteidigung“, seit jeher missbraucht wie kaum ein anderer, wieder einmal Konjunktur hatte. Daneben wurde die traditionsreiche Argumentationsfigur des „Präventivkrieges“ erneut in Dienst gestellt. Die wirklichen Kriegsziele waren nicht Gegenstand öffentlicher Darlegungen. Sie verschwanden im Nebel der Kriegspropaganda und gaben den Menschen in aller Welt Rätsel auf.

In der Gesamtschau ergibt sich damit der Besorgnis erregende Befund, dass nicht nur die Feindbildkonstruktionen der USA und des Irak in der Krise von 2002/03 beträchtliche Ähnlichkeiten aufweisen, sondern dass auch die nationalsozialistische Kriegspropaganda von 1941, die zur Legitimation des Überfalls auf die Sowjetunion diente, in einigen wesentlichen Punkten ganz ähnlich gestrickt war: Leugnung der eigenen Angriffs- und Eroberungsabsichten, Abwälzung der Kriegsschuld auf den Gegner, Behauptung der Notwendigkeit eines Präventivkriegs, Dämonisierung des Feindes, Vertuschung der wirklichen Kriegsziele. Könnte es ein, dass sich die Rechtfertigungsstrategien von Demokratien und Diktaturen angleichen, sobald die Politik den Weg des gewaltfreien Konfliktaustrags verlässt und Kriegskurs steuert? Könnte es sein, dass exakt von dem Zeitpunkt an, in dem die Entscheidung für ein kriegerisches Vorgehen getroffen wurde, die Gesetzmäßigkeiten des Krieges wirksam werden, die den Zielen der Vernichtung und des Sieges verpflichtet sind? Wenn sich, wie es scheint, die Kriegslegitimationen von Demokratien und Diktaturen nicht grundlegend von einander unterscheiden, so dürfte dies der Logik des Krieges geschuldet sein. Im Krieg wird das demokratische Spielregelsystem außer Kraft gesetzt und ein militärisches installiert, und dieses hatte mit der Diktatur schon immer vieles gemeinsam. Bleibt der Unterschied, dass die Regierung eines demokratischen Staates in stärkerem Maße als eine Diktatur bestrebt sein muss, die Bürgerinnen und Bürger ihres Landes von der Notwendigkeit eines Krieges zu überzeugen. Denn deren Nein zu einem Krieg kann eine demokratische Regierung zu Fall bringen, eine Diktatur dagegen nicht.

45 Vgl. im einzelnen Wolfram Wette, Die NS-Propagandathese vom angeblichen Präventivkriegscharakter des Überfalls, in: Gerd R. Ueberschär/Lew Besymenski (Hrsg.), Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion 1941. Die Kontroverse um die Präventivkriegsthese, Darmstadt 1998, S. 38-47.

46 Saddam Hussein schwor zu Beginn des Jahres 2003 Offiziere der Elite-Einheit „Republikanische Garde“ mit folgenden Worten auf einen möglichen Krieg ein: „Wir müssen unsere Augen offen halten, wenn wir dem Bösen entgegentreten.“ Zit. nach dpa: Bagdad rechnet mit Krieg, in: Badische Zeitung, 9.1.2003, S. 1.